

Korrespondenz Wasserwirtschaft 3|26

WASSER · BODEN · NATUR

Phosphor-
rückgewinnung
Seite 113

NIS2-Umsetzungsgesetz
Seite 122

Wasserbewusste Stadt-
entwicklung: Parla-
mentarischer Abend
Seite 124

Bedeutung
des Ökolandbaus
Seite 133



Ökolandbau als
Nachhaltigkeitssystem
Seite 138

Stickstoffbilanzsalden
Seite 142

Förderungen
des Ökolandbaus
Seite 147

Fördermodelle über
die Wasserversorger
Seite 152



ÖÖWV: Ökolandbau
im Verbandskonzept
Seite 156



Hessenwasser
fördert Ökolandbau
Seite 158

Bitte beachten Sie
auch Seite 167.



Arten. Abgründe. Antworten.

Zu Gast im DWA-Videocast Kanal Royal:
Bestsellerautor Marc Elsberg (Blackout)
über sein brandneues Buch
„EDEN – Wenn das Sterben beginnt“



Besuchen Sie uns auf der IFAT!

4. – 7. Mai 2026, München

Ticketcode nutzen
„DWA_2026“



und Freikarten sichern!

Social Events

- Neu: DWA-Opening
- Bayerischer Abend

Innovationsforen

- Erschließung thermischer Potentiale von Oberflächengewässern
- Städte jetzt wasserbewusst (um)bauen
- Regionales Phosphor-Recycling

Live Podcast Halle B2



Solution Tours

- Digitalisierung in der Wasserwirtschaft
- EU-Kommunalabwasser-richtlinie (KARL)

Fachforen

- Digitale Transformation in der Wasserwirtschaft
- Abwärmenutzung / Hydrothermie
- EU-Kommunalabwasser-richtlinie (KARL)
- Wasserbewusste Stadtentwicklung
- Wasserwiederverwendung
- Ressourcenorientierte Sanitärsysteme
- Phosphor-Recycling
- IT-Sicherheit
- Physische Sicherheit

Networking Area

- Internationale Delegationen
- Berufswettbewerbe
- World University Challenge
- Junge DWA

WaterStage von DVGW & DWA

- Themen und Vorträge aus der Wasserwirtschaft



Tag der resilienten Kommunen

Spotlight Area von DVGW & DWA

- Die wasserbewusste Stadt der Zukunft

Knowledge Center

- Medienangebot der DWA

Kanal Royal

- Der Podcast der DWA

Ansprechpartnerin Programm:

Sabrina Prentzel: +49 2242 872-116 | prentzel@dwa.de

Ansprechpartner Ausstellung:

Raphael Rindfleisch: +49 2242 872-247 | rindfleisch@dwa.de
und auf www.dwa.info/ifat

Fristen und Fakten – Warum wir die Debatte zur Phosphorrückgewinnung jetzt neu führen müssen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von Ihnen wissen: Im Dezember habe ich nach Abstimmung mit dem Präsidium und im Namen der DWA einen Brief an Bundesumweltminister Carsten Schneider gesendet. Die zentrale Botschaft: Trotz erheblicher Anstrengungen wird die Branche die in der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) gesetzten Fristen zur Phosphorrückgewinnung voraussichtlich nicht einhalten können. Zu unsicher sind wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, zu gering die verfügbaren Recyclingkapazitäten. Diese Probleme müssen gelöst werden, damit Phosphorrückgewinnung zu vertretbaren Kosten und volkswirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden kann. Dafür braucht es eine Fristverlängerung bzw. eine Ausgestaltung, die der aktuellen Realität Rechnung trägt.

Das stellt das Ziel nicht infrage. Phosphorrecycling ist ein unverzichtbarer Baustein einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft, und die DWA steht uneingeschränkt hinter diesem Ziel. Es fehlt jedoch eine realistische Strategie, die den Aufbau von Anlagenkapazitäten, die Entwicklung eines Absatzmarktes und die Umsetzung der Frist sinnvoll verzahnt. Um diese Strategie zu entwickeln und umzusetzen, benötigen Branche, Behörden und Abnehmer der Rezyklate mehr Zeit. Dafür braucht es eine ehrliche Diskussion über den Weg nach 2029.

Mein Schreiben hat viel Resonanz ausgelöst. Neben einigen kritischen Rückmeldungen erreichten mich und die DWA aber vor allem Zustimmung, viele Mitglieder begrüßen, dass die DWA die Debatte neu angestoßen hat. Politisch hieß es jahrelang: Am Stichtag wird nicht gerüttelt. Gleichzeitig ist absehbar, dass weder ausreichende Monoverbrennungskapazitäten noch großtechnische Anlagen zur Phosphorrückgewinnung flächendeckend zur Verfügung stehen werden. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist inzwischen zu groß, um sie zu ignorieren.

Die Abwasserwirtschaft plant in Jahren, nicht in Monaten. 2029 ist aus Sicht von Planung und Genehmigung faktisch morgen. Ergebnisse wichtiger Forschungsprojekte wie RePhoR, die als Grundlage für Investitionen dienen sollen, liegen aber noch nicht vor und kom-

men für viele Investitionsentscheidungen zu spät. Gerade hinsichtlich der Skalierbarkeit der Technologien brauchen wir aber verlässliche Erfahrungswerte. Was uns als DWA und auch mir persönlich immer sehr wichtig war und bleibt: Anpassungen gesetzlicher Regelungen dürfen nicht zulasten der First Mover gehen. Sie sind keine Fußnote, sondern ein zentraler Baustein nachhaltiger Lösungen – Wer früh und mutig investiert hat, verdient Schutz.

Das Ministerium hat inzwischen geantwortet und eine Fristverlängerung abgelehnt. Stattdessen sollen ab 2029 Klärschlammherzeuger für die Deponierung von Aschen ohne Phosphorrecycling Abgaben in einen Fonds zahlen, aus dem Investitionen gefördert werden. Selbstverständlich verschließen wir uns nicht dieser Diskussion, sondern bringen uns weiterhin konstruktiv ein. Mein Dank gilt allen Mitgliedern, die dies seit Jahren engagiert tun.

Aber um es noch einmal klar zu sagen: Die aktuelle Investitionszurückhaltung beruht nicht auf einer Ablehnung des Ziels, sondern auf fehlenden Entscheidungsgrundlagen und unsicheren Rahmenbedingungen. Gerade kommunale Akteure tragen besondere Verantwortung gegenüber Gebührenzahlenden. Wirtschaftlichkeit ist nicht nur unternehmerisches, sondern auch soziales Gebot. Investitionen, die sich nicht über den Markt refinanzieren lassen, können nicht beliebig auf Gebühren umgelegt werden. Das gilt auch für mögliche Abgaben, deren Höhe voraussichtlich über den Kosten des Phosphorrecyclings liegen wird.

Phosphorrückgewinnung ist Aufgabe der Wasserwirtschaft, aber von gesamtgesellschaftlichem Nutzen – das muss sich in der Finanzierung widerspiegeln. Die Kosten neuer Verfahren dürfen nicht allein auf Gebührenhaushalte abgewälzt werden. Ein Fonds muss diesem Umstand gerecht werden. Es braucht weiterhin eine offene Diskussion über realistische Zeithorizonte, Genehmigungsprozesse, Infrastrukturaufbau und technologieoffene Entwicklungen – vom Aschepfad über Monoverbrennung bis zu abwasserbasierten Verfahren.

Abschließend lohnt noch ein Blick über den Tellerrand: Deutschland ist zwar Vorreiter bei der Phosphorrückge-



winnung, aber die Schweiz verfolgt mit 2026 einen noch ambitionierteren Zeitplan – bei ähnlichen Problemen. Daniel Rensch von Entsorgung + Recycling Zürich formuliert es so: Die Schweiz wollte bis 2026 den Phosphorkreislauf schließen, steht aber weiterhin am Anfang. Trotz gesetzlicher Verankerung vor über zehn Jahren gibt es keine Anlage, die Phosphor industriell zurückgewinnt. Es existieren Studien, Workshops und Gespräche – aber keine funktionierende Wertschöpfungskette.

Auch in Deutschland verfügen wir über Berichte, Studien und Foren. Darauf müssen wir aufbauen und tragfähige, wirtschaftliche Lösungen entwickeln. Die aktuelle Diskussion ist daher kein Zeichen von Unentschlossenheit, sondern Ausdruck unseres Verantwortungsbewusstseins gegenüber Gesellschaft und Politik. Wir müssen den Mut haben, die Lücke zwischen Anspruch und Realität offen zu benennen – und zu schließen.

Ich freue mich auf einen offenen Dialog mit Ihnen: auf kritische Stimmen, konstruktive Ideen und praxisnahe Lösungsansätze. Nur gemeinsam wird es gelingen, die Phosphorrückgewinnung in Deutschland nicht nur als gesetzlichen Auftrag zu verstehen, sondern als Erfolgsprojekt der Wasserwirtschaft zu gestalten.

Mit den besten Grüßen
 Uli Paetzel

Prof. Dr. Uli Paetzel
 Präsident der DWA

Inhalt

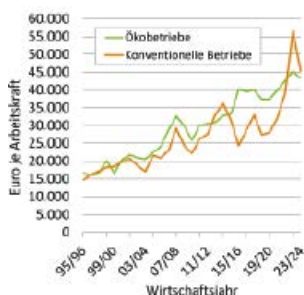
Beide Verbandszeitschriften – KA und KW – auch online lesen:
<https://www.dwadirekt.de>

3/2026



Bild: ENISA

Am 5. Dezember 2025 ist das Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informations-sicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung in Kraft getreten. Das NIS2-Umsetzungsgesetz ändert neben dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und über die Sicherheit in der Informationstechnik von Einrichtungen (BSI-Gesetz – BSIG) weitere Gesetze und Verordnungen, wie zum Beispiel das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).



Studien zeigen Vorteile des Ökolandbaus bei Wasserschutz, Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Klimaanpassung und Ressourceneffizienz. Langjährige Einkommensanalysen bestätigen, dass Ökobetriebe gegenüber vergleichbaren konventionellen Betrieben wettbewerbsfähig sind. Für den Trinkwasserschutz gilt der Ökolandbau als wichtiger Baustein, weshalb Wasserwirtschaftsverbände eine Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen unterstützen.

Seite 122

Editorial

Fristen und Fakten – Warum wir die Debatte zur Phosphorrückgewinnung jetzt neu führen müssen 113
Uli Paetzel

Berichte

NIS2-Umsetzungsgesetz in Kraft getreten
 Neuerungen im BSI-Gesetz und Weiterentwicklung des Branchenspezifischen Sicherheitsstandards
 Wasser/Abwasser 122
Uwe Marquardt (Gelsenkirchen), Uwe Böttcher (Berlin)

Klimaanpassung und Lebensqualität: Schwammstadt muss Standard der Bauleitplanung sein
 Mit der Politik im Dialog: Parlamentarischer Abend zur wasserbewussten Stadtentwicklung 124
Stefan Bröker

Vielfalt für lebendige Gewässer:
 Inspirierende Projekte auf der Shortlist des DWA-Gewässerentwicklungspreises 2026. 128

Junge DWA

Jahrestreffen des Circle Nachhaltige Wasserwirtschaft . . 131

Vorwort

Ökolandbau als Chance
 Wie wir unsere Grundwasserqualität verbessern können 132
Christina Aue

Ökolandbau und Gewässerschutz

Wissenswertes zum ökologischen Landbau 133
Heike Kuhnert (Braunschweig)
 Entwicklung des ökologischen Landbaus 138
Heike Kuhnert (Braunschweig)

Rubriken

Spektrum 116
 Impressum 123

Beiträge in

KA Korrespondenz Abwasser, Abfall 3/2026 Schwerpunkt „Energie/Abwasserwärme“

K. Sedki, D. Giebler, C. Scheid, U. Dittmer: GIS-basierte Methodik zur Flächenkategorisierung nach DWA-A 102-2. Teil 2: Anwendung und Diskussion

P. Baumann, T. Reinhardt, C. Baur, J. Zhang: Auswirkungen der Anforderungen an die Energieneutralität gemäß EU-Kommunalabwasserrichtlinie auf die Kläranlagen in Baden-Württemberg

O. Gretzschel, H. Steinmetz, B. Kihm, Y. Taudien, G. Kolisch: Verwendung von Elektrolysesauerstoff für die Belüftung und Ozonung
 Wissensstand und Konzepte am Beispiel der Kläranlage Landau-Mörlheim

D. Wiedenmann, L. Böck: Integration der Abwasserwärmenutzung in die Kommunale Wärmeversorgung Günzburg

T. Zech, R. Schatz, H. Wagner: Energieintelligente Kläranlage mit netzdienlichem Betrieb

KW

Korrespondenz Wasserwirtschaft

N-Bilanzsalden, N-Effizienz und N-Austräge von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben im Vergleich 142

Annegret Fier (Hannover)

Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland und weitere Fördermöglichkeiten für den Wasserschutz
Der Ökolandbau als Gegenstand der Agrarpolitik und die flächenbezogene Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland in der GAP-Förderperiode 2023 bis 2027 147

Heike Kuhnert, Uta Devries (Braunschweig)

Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland und weitere Fördermöglichkeiten für den Wasserschutz
Förderung über die Wasserversorger. 152

Christina Aue (Brake), Susanne Klages (Braunschweig)

Ökolandbau – Teil des
OOV-Grundwasserschutzkonzepts 156

Johannes große Beilage (Brake)

Hessenwasser: Ökolandwirtschaft
ist Grundwasserschutz 158

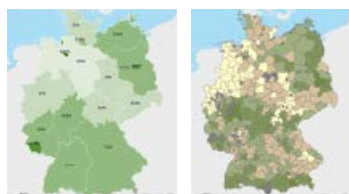
Frank Baresch (Groß-Gerau)

DWA

DWA-Ehrenrat. 160

Regelwerk. 161

Landesverbände 162



Seite 138

Der Ökolandbau ist das bisher einzige klar definierte und gesetzlich geregelte Nachhaltigkeits-system in der Landwirtschaft mit eindeutig gekennzeichneten Produkten. Sowohl die ökologisch bewirtschafteten Flächen als auch der Umsatz mit Bioprodukten sind in Deutschland über Jahrzehnte stetig gewachsen, wenn auch mit unterschiedlich starken Wachstumsphasen.

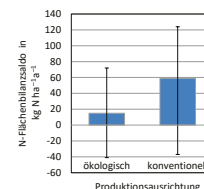
Personalien 164

Bücher. 167

Ingenieurbüros 167

Seite 142

N-Flächenbilanzsalden zeigen die Effizienz des Stickstoffeinsatzes. Im Mittel weisen ökologisch bewirtschaftete Betriebe niedrigere N-Flächenbilanzsalden als konventionelle Betriebe auf, sodass bei einer Umstellung geringere N-Konzentrationen und Austräge zu erwarten sind. Ob dauerhaft eine Konzentration unter $50 \text{ mg NO}_3 \text{ l}^{-1}$ im Sickerwasser erreicht wird, hängt unter anderem von Bodenbearbeitung, Kultur und N-Freisetzung aus dem Bodenvorrat ab.



Seite 152

In Trinkwassergewinnungsgebieten können Wasserversorger über Verträge mit Bewirtschaftern die Flächennutzung beeinflussen, um Trinkwasserqualitätsziele zu erreichen. Dabei sind Vorgaben und bestehende Förderprogramme zu beachten, um Doppelförderungen zu vermeiden. Ergebnisbasierte Verträge können auch bei Ökobetrieben zusätzliche Wasserschutzeffekte erzielen.



Foto: iStock.com/Oksana Mitiukhina

Seite 156

Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband fördert den Ökolandbau als Teil seines dreiteiligen Wasserschutzkonzepts aus Kooperation, Aufforstung und Ökolandbau. Langjähriges Monitoring zeigt auf Öko-Flächen geringere Herbst- N_{min} -Werte. Zudem unterstützt der Verband erfolgsorientierte, gesamtbetriebliche Vereinbarungen zum Trinkwasserschutz, um Schutzgebiete für Ökobetriebe attraktiver zu machen.



Schwerpunkt
DGL Nachwuchspreis
/ IFAT

4/2026

Anzeigenschluss:

10. März 2026

Erscheinungstermin:

1. April 2026

Abonnieren Sie den monatlichen Themenplan kostenlos auf www.dwa.info/ThemenKW

KW 5

Anzeigenschluss:

8. April 2026

Erscheinungstermin:

29. April 2026

Schwerpunkt
Ökolandbau II /
IFAT II

Zweiter Schritt zur NIS-2-Registrierung: BSI-Portal freigeschaltet

Für rund 29 500 Unternehmen in Deutschland und Institutionen der Bundesverwaltung gelten seit Inkrafttreten des NIS-2-Umsetzungsgesetzes neue gesetzliche Pflichten in der IT-Sicherheit. Sie müssen sich unter anderem als NIS-2-Einrichtungen registrieren und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhebliche Sicherheitsvorfälle melden. Der dafür vorgesehene Registrierungsprozess ist zweistufig: Zunächst muss eine Anmeldung beim digitalen Dienst „Mein Unternehmenskonto“ (MUK) erfolgen, dann eine Registrierung im neu entwickelten BSI-Portal, das seit Anfang Januar 2026 zur Verfügung steht.

Das BSI-Portal basiert auf einer Cloud-Infrastruktur von Amazon Web Services und wird sukzessiv zu einer Informations- und Austauschplattform mit Echtzeit-Daten und aktuellen Analysen für schnelle Reaktionsmöglichkeiten ausgebaut. Dadurch trägt es dazu bei, Cybergefahren zu erkennen, bevor sie Schaden anrichten. Im BSI-Portal erhalten registrierte Unternehmen und Institutionen schon heute Informationen zu den gesetzlichen Pflichten, die für sie mit dem BSI-Gesetz einhergehen. So müssen Unternehmen, die unter die Regulierung fallen, eine Risikoanalyse durchführen, um anschließend angemessene Risikomanagementmaßnahmen umsetzen und dokumentieren zu können. Hierfür bietet das Portal gebündelte Informationen und Hilfestellungen. Im BSI-Portal werden zudem die Tageslageberichte und IT-Sicherheitsmitteilungen des BSI bereitgestellt. Auch Schwachstellen und Sicherheitslücken können dem BSI über das Portal gemeldet werden – dies ist auch anonym und ohne Registrierung möglich.

Darüber hinaus können sich interessierte Unternehmen und Institutionen über das BSI-Portal der Allianz für Cyber-Sicherheit (ACS) anschließen. Das IT-Sicherheits-Netzwerk unter dem Dach des BSI bietet seinen derzeit knapp 9000 Mitgliedern vielfältige Formate zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Mitgliedschaft in der ACS ist kostenlos. Auch in der Unabhängigen Partnerschaft KRITIS (UP KRITIS) arbeiten Wirtschaft und staatliche Stellen in zahlreichen Arbeitsgruppen zu Cybersicherheit und

physischer Sicherheit zusammen. In der UP KRITIS können sich Vertreterinnen und Vertreter der meisten unter die NIS-2-Richtlinie fallenden Einrichtungen engagieren.

<https://portal.bsi.bund.de>

KW

Bundestag beschließt Gesetz zur Stärkung kritischer Anlagen

Der Bundestag hat am Januar 2026 den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022 / 2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen“ (Kritis-Dachgesetz) in der vom Innenausschuss geänderten Fassung angenommen. Mit dem Gesetz wird die EU-Richtlinie 2022/2557 über die Resilienz kritischer Einrichtungen, die sogenannte CER-Richtlinie, in deutsches Recht umgesetzt. Durch bundeseinheitliche Regelungen für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen will die Bundesregierung die Resilienz der Wirtschaft und dadurch auch die Versorgungssicherheit der Bevölkerung stärken.

Das Kritis-Dachgesetz macht Vorgaben zur Identifizierung von Betreibern kritischer Anlagen und kritischen Einrichtungen mit besonderer Bedeutung für Europa sowie Vorgaben zur Registrierung von Betreibern kritischer Anlagen. Es zielt zudem auf die Etablierung von nationalen Risikoanalysen und Risikobewertungen für kritische Dienstleistungen und die gesetzliche Verankerung wesentlicher nationaler Anforderungen für Resilienzmaßnahmen von Betreibern kritischer Anlagen ab. Außerdem wird ein Meldewesen für Vorfälle eingeführt.

Den Ländern wird die Möglichkeit gegeben, weitere kritische Anlagen für kritische Dienstleistungen, die alleine in ihrer Zuständigkeit liegen, zu identifizieren. Für die Festlegung der zugrunde zu legenden Kriterien und Verfahren wird das Bundesinnenministerium ermächtigt, eine Rechtsverordnung zu erlassen, der der Bundesrat zustimmen muss.

In einer vom Bundestag beschlossenen Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, Informations-, Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für Kritis-Betreiber zu überprüfen und anzupassen. Auch soll die Bundesregierung anderem auf die „konsequente Anwendung bereits bestehender Ausnahmen“ von diesen Pflichten hinwirken und bereits veröffentlichte, öffentlich zugängliche Infrastrukturinformationen

„überprüfen und, wo möglich, konsequent aus den öffentlich zugänglichen Bereichen“ entfernen.

Gesetzentwurf der Bundesregierung:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/025/2102510.pdf>

Stellungnahme des Bundesrats und Gegenäußerung der Bundesregierung:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/038/2103855.pdf>

Beschlussempfehlung des Innenausschusses:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/039/2103906.pdf>

Vorgang im Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-infrastruktur-1137002>

KW

Neues Kompetenzmodell für den Katastrophenschutz

Das Team um Dr. Christian K. Karl von der Universität Duisburg-Essen, Lehr- und Forschungsbereich Fachdidaktik Bautechnik, hat ein organisationsübergreifendes Modell für Ausbildung und Training zum Katastrophenschutz entwickelt. Es ist Teil des Forschungsprojekts KOKA – Kompetenzorientierung im Katastrophenschutz.

Karl und sein Team haben mehr als 300 Lernziele aus bestehenden Ausbildungsunterlagen analysiert – unter anderem von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk (THW), Rettungsdiensten, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sowie Akteuren der Wasserwirtschaft. Hieraus haben die Forschenden anschließend das ABCD-Modell der Katastrophenschutzdidaktik entworfen.

Dieses Modell strukturiert Kompetenzen entlang der Phasen Vorsorge, Einsatz und Nachsorge und beschreibt, was professionelles Handeln unter Bedingungen von Unsicherheit, Zeitdruck und in dynamischen wie vielschichtigen Einsatzsituationen ausmacht. „Das ABCD-Modell soll helfen, die Ausbildung und das Training im Katastrophenschutz organisationsübergreifend weiterzuentwickeln“, sagt Christian K. Karl.

Analyse und Modell sind open access verfügbar und richten sich an Verantwortliche aus Einsatzpraxis, Ausbildung und Politik:

https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00084743

https://www.uni-due.de/bautechnik/kompetenzorientierung_katastrophenschutz.php

KW

„Bach im Fluss“: Innovative Projekte für intakte Gewässer gesucht

Das Niedersächsische Umweltministerium ruft auch in diesem Jahr dazu auf, innovative Projekte und Ideen einzusenden, die den ökologischen Zustand von Fließgewässern verbessern und dazu beitragen, die im Zuge der Klimakrise wachsende Konkurrenz um die wichtige Ressource Wasser zu entschärfen. Träger des Wettbewerbs „Bach im Fluss“ sind neben dem Ministerium der Niedersächsische Städtetag, der Niedersächsische Landkreistag und der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund.

Der Gewässerwettbewerb richtet sich an Kommunen, Verbände, Vereine, Stiftungen, Interessensgemeinschaften sowie engagierte Einzelpersonen. Prämiert werden Projekte, die vor allem den ökologischen Zustand von Fließgewässern verbessern, sowie unter anderem innovative Ansätze, die Nutzungskonflikte infolge der zunehmenden Konkurrenz um Wasser, entschärfen. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. April 2026. Die Siegerbeiträge werden in den Kategorien Haupt- und Ehrenamt mit der „Niedersächsischen Bachperle“ ausgezeichnet. Zusätzlich verleiht die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung einen Sonderpreis für besondere Leistungen zum Beispiel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit oder Kooperation.

<https://www.uan.de/projekte/bach-im-fluss>

EU-Kommission legt Vorschläge zur Stärkung der Cybersicherheit vor

Die EU-Kommission will die Widerstandsfähigkeit und Fähigkeiten der EU im Bereich der Cybersicherheit angesichts der wachsenden Bedrohungen stärken. Sie hat dazu ein Cybersicherheitspaket vorgeschlagen. Ein Teil des Pakets ist der Entwurf für einen überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit. Mit diesem soll die Sicherheit der Lieferketten der EU im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) verbessert werden. Der europäische Rahmen für die Cybersicherheits-Zertifizierung wird zudem vereinfacht und die Einhaltung der Cybersicherheitsvorschriften erleichtert. Außerdem wird die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) gestärkt. Sie

unterstützt die EU und die Mitgliedstaaten, Bedrohungen zu identifizieren, sich auf Cybervorfälle vorzubereiten und darauf zu reagieren.

Das Cybersicherheitsgesetz tritt unmittelbar nach der Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat der EU in Kraft. Die begleitenden Änderungen der NIS-2-Richtlinie zum Schutz von Netzwerk- und Informationssystemen werden ebenfalls zur Verabschiedung vorgelegt. Nach der Verabschiedung haben die Mitgliedstaaten ein Jahr Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und die entsprechenden Texte der Kommission zu übermitteln.

Cybersicherheit – Fragen und Antworten:

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/faqs/cybersecurity-package-questions-answers>

Informationsblatt:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_26_106

Überarbeitetes Cybersicherheitsgesetz:
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/proposal-regulation-eu-cyber-security-act>

Gezielte NIS-2-Änderungen:

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/proposal-directive-regards-simplification-measures-and-alignment-cyber-security-act>

KW

Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft übergeben

Die deutsche Wasserwirtschaft arbeitet auf einem sehr hohen Niveau – sowohl im europäischen als auch im internationalen Vergleich. Diese Leistungsfähigkeit dokumentiert das Branchenbild 2025, das am 12. Januar 2026 im Namen der führenden Verbände der Wasserwirtschaft an den Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Jochen Flasbarth, übergeben wurde.

Mit dem „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2025“ geben ATT, BDEW, DBVW, DVGW, DWA und VKU in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erneut einen aktuellen Überblick der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sowie zukünftige Herausforderungen. Zentrales Ziel der deutschen Wasserwirtschaft ist es, die hohen Qualitätsstandards zu sichern und zu verbessern.

„Eine verlässliche Versorgung mit Trinkwasser und eine sichere Entsorgung von Abwasser sind für Deutschland unverzichtbar. Unsere Branche stellt diese Ver- und Entsorgungssicherheit seit Jahrzehnten sicher – und wird dies auch künftig tun. Angesichts der wachsenden Herausforderungen sind erhebliche Investitionen erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Wasserwirtschaft dauerhaft zu erhalten und zu stärken“, erklären die Repräsentanten der deutschen Wasserwirtschaft anlässlich der Übergabe.

Zu den zentralen Herausforderungen zählen Fragen der Trinkwasserqualität, der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht, der demografischen Entwicklung, des Erhalts der Infrastruktur sowie sich wandelnder rechtlicher Rahmenbedingungen. Hinzu kommt der Klimawandel, der Anpassungsprozesse und neue Lösungsansätze erfordert. Die Wasserwirtschaft steht damit vor der Aufgabe, bewährte Methoden weiterzuentwickeln und gleichzeitig innovative Wege zu gehen, die den Klimaschutz, die Klimaanpassung und die Energiewende berücksichtigen.

Zudem gewinnen der Schutz der Trinkwasserressourcen vor Stoffeinträgen, die Minimierung von Spurenstoffen wie Pflanzenschutzmitteln sowie der steigende und teils konkurrierende Wasserbedarf in Gesellschaft, Industrie und Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Diese Entwicklungen führen zu Nutzungskonflikten, die eine enge Abstimmung aller betroffenen Akteure erforderlich machen.

Die Herausgeberverbände des Branchenbildes setzen sich daher dafür ein, dass die Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Gewährleistung einer finanzierbaren und nachhaltigen öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung schafft.

Download des Branchenbilds:

<https://dwa.info/branchenbild>

KW

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2026“ gestartet

Bis zum 31. März 2026 sind Städte, Landkreise und Gemeinden aufgerufen, sich mit erfolgreichen und innovativen Projekten zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen am bundesweiten Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ zu beteiligen. Der Preis ist mit 40 000 Euro

pro Gewinnerkommune dotiert. Veranstalter ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit Förderung durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Gesucht werden Maßnahmen und Projekte aus allen Bereichen des kommunalen Klimaschutzes, wie ressourcen- und energieeffiziente Neubauten oder Sanierungsprojekte, Lösungen für die Verkehrs- oder Wärmewende, Vorhaben zum Ausbau erneuerbarer Energien, Projekte, die Klimaschutz im sozialen Kontext umsetzen etc. Ausdrücklich gewünscht sind auch Kooperationsprojekte, bei denen die kommunale Verwaltung mit weiteren Akteuren (zum Beispiel Vereinen, Verbänden, Kammern, Handwerk, Wirtschaft) und/oder mit anderen Kommunen sowie mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet. Wichtig ist, dass die Projekte entweder abgeschlossen oder soweit realisiert sind, dass bereits Ergebnisse der Vermeidung beziehungsweise Reduktion von Treibhausgas-Emissionen vorliegen.

www.klimaschutz.de/wettbewerb2026

KW

Nordrhein-Westfalen: Förderung für Maßnahmen gegen Starkregen, Hitze und Trockenheit

Das Land Nordrhein-Westfalen erweitert im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW das Förderangebot Klimaanpassung. Unternehmen.NRW, mit dem Unternehmen und kommunale Versorger gezielt in Maßnahmen investieren können, um ihre Standorte und Infrastrukturen besser gegen die Folgen des Klimawandels zu schützen. Das Angebot richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen sowie an kommunale Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Nordrhein-Westfalen. Gefördert mit Mitteln des Landes und der Europäischen Union werden investive Maßnahmen, die Gebäude, Betriebsflächen und technische Anlagen widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Starkregen, Trockenheit und Überflutungen machen.

Das Förderangebot ist in zwei Bereiche gegliedert: Für Vorhaben mit Gesamtausgaben ab 200 000 Euro werden

sowohl investive Klimaanpassungsmaßnahmen in Unternehmen als auch Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der öffentlichen Wasserversorgung unterstützt. Für kleinere Vorhaben unterhalb dieser Schwelle richtet sich das Programm insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Betriebsflächen an die Folgen des Klimawandels anpassen wollen. Hier stehen naturbasierte und nachhaltige Lösungen im Mittelpunkt. Dazu gehören unter anderem Begrünungen von Dächern, Fassaden und Freiflächen, die Entsiegelung befestigter Flächen, Maßnahmen zur Verschattung und Verdunstungskühlung sowie Konzepte zum Rückhalten, Versickern oder schadfreien Ableiten von Niederschlagswasser. Die Einreichungsfrist endet am 31. Dezember 2026.

Weitere Informationen:
www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260116_001

KW

Bundespreis „Blauer Kompass“: Neue Wettbewerbsrunde gestartet

Der Bundespreis „Blauer Kompass“, der seit zehn Jahren innovative Projekte zur Klimavorsorge und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auszeichnet, ist in die neue Wettbewerbsrunde gestartet. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 25 000 Euro je Gewinnerprojekt dotiert. Ausgelobt wird der bundesweite Wettbewerb gemeinsam vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt. Bewerbungsschluss ist der 20. März 2026. Bewerbungen sind in folgenden fünf Kategorien möglich: Kommunen; private und kommunale Unternehmen; Forschungs- und Bildungseinrichtungen; Vereine, Verbände, Stiftungen; Schulen. Die sechs prämierten Projekte werden am 17. September 2026 im Rahmen der Woche der Klimaanpassung im Bundesumweltministerium in Berlin ausgezeichnet.

www.uba.de/blauerkompass

KW

Straßen und Plätze klimaresilient umbauen: Deutscher Verkehrsplanungspreis 2026 ausgelobt

„Klimaresiliente Straßenräume und Plätze für alle“, unter diesem Motto steht der Deutsche Verkehrsplanungspreis (VPP) 2026. Denn Städte so anzupassen,

dass sie auf den Klimawandel vorbereitet sind, ist eine der größten Herausforderungen für die Stadtplanung in den kommenden Jahren. Ausgelobt wird der Wettbewerb von der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) in Kooperation mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD. Für den VPP 2026 suchen SRL und VCD realisierte bzw. beschlossene Projekte aus den letzten fünf Jahren, die im Planungs- und Umsetzungsprozess weit fortgeschritten sind. Projekte, die zeigen, wie öffentliche, mehrfach nutzbare und klimaresiliente Aufenthalts- und Bewegungsräume der Zukunft aussehen können. Die Bewerbungsfrist endet am 1. Juni 2026.

Flyer zur Auslobung:

<https://www.srl.de/dateien/dokumente/de/VPP-Flyer-2026.pdf>

KW

Bayern: Klimaanpassungsstrategie wird fortgeschrieben

Das Bayerische Kabinett hat im Januar 2026 der Fortschreibung der Bayerischen Klimaanpassungsstrategie (BayKLAS) zugestimmt. Die BayKLAS ist der zentrale Leitfaden für eine wirksame Klimaanpassung in Bayern. Ziel ist es, die Anpassung Bayerns an den Klimawandel weiter zu verbessern und nachhaltig auszubauen, die Auswirkungen des Klimawandels so weit wie möglich zu verringern und die Klimaanpassung dauerhaft in allen relevanten Bereichen zu verankern.

Die Fortschreibung der BayKLAS formuliert im Aktionsplan „Klimaanpassung 2030“ die strategischen Ziele für alle relevanten Handlungsfelder der Klimaanpassung in Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Umwelt für den Zeithorizont 2030. Die insgesamt 93 Maßnahmen reichen beispielsweise vom Starkregen-Risikomanagement über eine Waldumbauoffensive bis hin zur Klimaanpassung im Städtebau. Folgende elf Handlungsfelder sind umfasst: Landwirtschaft, Landwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei und Aquakultur, Wald- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Menschliche Gesundheit, Georisiken und Katastrophenschutz, Städtebau und Raumordnung, Verkehr und Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaft, Tourismus sowie Forschung und Information. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits 2009 die BayKLAS als eine der ersten Anpassungsstrategien auf Länderebene erstellt.

KW

IFAT Munich: Eröffnung durch Spitzenpolitiker

Bundesumweltminister *Carsten Schneider*, EU-Kommissarin *Jessika Roswall* und Bayerns Umweltminister *Thorsten Glauber* eröffnen die IFAT Munich 2026 (4. Mai 2026, 10.00 Uhr, Blue Stage). Die Weltleitmesse unterstreicht damit ihre Rolle als Plattform, auf der politische Zielsetzungen und praxisnahe Lösungen zusammengeführt werden.

„Abhängigkeiten reduzieren, Resilienz erhöhen, die Versorgungssicherheit stärken und den Klima- und Ressourcenschutz sicherstellen – gerade in geopolitisch volatilen Zeiten wird dies immer wichtiger“, sagt *Stefan Rummel*, Geschäftsführer der Messe München. „Umwelttechnologien und die IFAT als globale Plattform bieten genau dafür Lösungen. Es ist daher besonders wichtig, dass die Branche von der Politik – national wie international – diese Aufmerksamkeit und Priorität erhält.“

Was auf internationaler und nationaler Ebene politisch verhandelt und regulatorisch beschlossen wird, entfaltet seine Wirkung letztlich auf kommunaler Ebene: Kommunen sind es, die Kreislaufwirtschaft in der Praxis umsetzen – etwa in der Wasserwirtschaft, Abfallbehandlung oder Infrastrukturplanung. Gleichzeitig stehen sie selbst unter wachsendem Druck. Extreme Wetterereignisse, Wasserknappheit und eine zunehmende Belastung bestehender Infrastrukturen machen resiliente, ressourcenschonende Lösungen vor Ort unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund widmet die IFAT Munich dem kommunalen Sektor einen eigenen Schwerpunkt.

Unter dem Titel „Tag der resilienten Kommunen“ adressiert die IFAT Munich am Donnerstag, 7. Mai, gezielt die Herausforderungen von Städten und Gemeinden. In Kooperation mit dem DVGW, der DWA und dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) bietet das Programm Vorträge, Expertenrunden und geführte Touren. Ziel ist es, Entscheidungsträgern aus dem kommunalen Bereich praxisnahe Impulse und konkrete Lösungsansätze an die Hand zu geben.

Ergänzt wird der Messeauftritt durch ein vielseitiges Veranstaltungsprogramm, das den Transfer von Innovationen in die Praxis in den Mittelpunkt stellt. Geführte Lösungstouren, Live-Demonstrationen und themenspezifische Vorführungen ermöglichen Besucherinnen und Besu-

chern, Technologien und Anwendungen unmittelbar zu erleben.
<https://ifat.de>

KW

Grundinstandsetzung der Doppelschleuse Kachlet beauftragt

Nach europaweiter Ausschreibung hat das Wasserstraßen-Neubauamt Magdeburg (WNA) Ende 2025 die Bauleistungen zur Grundinstandsetzung der Doppelschleuse Kachlet an der Donau bei Passau vergeben. Wegen der sanierungsbedürftigen Schäden nach einer knapp 100-jährigen Betriebsdauer ist die Schleuse Kachlet grundlegend instandzusetzen.

Hubert Stratmann, Leiter des Wasserstraßen-Neubauamtes Magdeburg: „In einem Zeitraum von über zehn Jahren werden beide Schleusenkammern nacheinander grundinstandgesetzt. Der Verkehr wird während der ca. sechsjährigen Unterbrechung der Südkammer über die Nordkammer geführt und später umgekehrt. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs sind umfangreiche Sicherungen der durchgängigen Kammer erforderlich.“

Im Endausbau wird jede Schleuse etwa 335 m lang und 24 m breit sein. Die Auftragnehmer, die ARGE GI Schleuse Kachlet aus den Unternehmen Porr, Habau und Felbermayr, schätzen die Projektdauer auf 13 Jahre und das Auftragsvolumen auf ca. 290 Millionen Euro. KW

Mit KI und Sensorik die Menschen besser vor Hochwasser warnen

Entlang dem Fluss Paar in Bayern wird ein KI-gestütztes Echtzeit-Frühwarnsystem aufgebaut. Hier werden Sensoren für Wetter, Flusspegel und Bodenfeuchte installiert. Diese Daten werden mit Satellitendaten zusammengeführt und mithilfe Künstlicher Intelligenz ausgewertet. Ziel ist es, Hochwasserlagen früher zu erkennen, Einsatzkräfte rechtzeitig zu alarmieren und die Bevölkerung präziser zu warnen – über einen Mehrkanalansatz mit App, SMS, E-Mail sowie Anbindung an das Modulare Warnsystem (MoWaS). Die Arbeitsgemeinschaft Solidarischer Hochwasserschutz e.V. (ARGE) erhält dazu eine Förderung von 505 750 Euro.

Die ARGE ist ein kommunaler Zusammenschluss von derzeit 27 Städten und Gemeinden entlang der Paar. Sie repräsentieren rund 220 000 Einwohner auf einer Fläche von über 1000 Quadratkilo-

metern. Das Bündnis entstand als Reaktion auf das Extremhochwasser 2024 und verfolgt das Ziel, Hochwasser-, Starkregen- und Trockenheitsrisiken durch solidarische Zusammenarbeit nachhaltig zu reduzieren. KW

Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst jeden Tag um 50 Hektar

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist in den Jahren 2021 bis 2024 um durchschnittlich 50 Hektar am Tag gewachsen. Zum Vergleich: Vatikanstadt als kleinster Staat der Welt hat mit insgesamt 44 Hektar eine ähnlich große Fläche. Der tägliche Anstieg im vierjährigen Mittel nahm hierzulande damit um rund einen Hektar gegenüber dem Zeitraum der Vorjahre ab (51 Hektar pro Tag in den Jahren 2020 bis 2023), wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt. Im Mittel der Jahre 2019 bis 2022 war er mit 49 Hektar pro Tag schon einmal noch niedriger ausgefallen.

Ziel der Bundesregierung in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, den täglichen Anstieg im Vierjahres-Durchschnitt bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar zu begrenzen. Bis 2050 wird eine „Flächenkreislaufwirtschaft“ angestrebt. Das heißt, es sollen dann netto keine weiteren Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beansprucht werden.

Der größte Teil des Wachstums geht auf Flächen für Wohnbau, Industrie- und Gewerbefläche sowie öffentliche Einrichtungen zurück: Sie wuchsen im Schnitt um 36 Hektar pro Tag im Mittel der Jahre 2021 bis 2024. Sport-, Freizeit- und Erholungs- sowie Friedhofsflächen nahmen um 14 Hektar pro Tag zu. Die Verkehrsflächen blieben nahezu unverändert.

Trotz des anhaltenden Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsfläche machte diese auch im Jahr 2024 14,6 % (5,2 Millionen Hektar) der gesamten Bodenfläche Deutschlands aus. Davon werden 3,4 Millionen Hektar für Siedlungszwecke (einschließlich Bergbaubetriebe, Tagebau, Grube und Steinbruch) und 1,8 Millionen Hektar für Verkehr genutzt.

Insgesamt umfasst die Fläche Deutschlands 35,8 Millionen Hektar. Die Fläche für Vegetation bildet mit 83,1 % den höchsten Anteil (29,7 Millionen Hektar). Lediglich 2,3 % der bundesdeutschen Fläche sind mit Gewässern (0,8 Millionen Hektar) bedeckt. KW

Vorteile einer DWA-Mitgliedschaft

Weitere
Informationen zu
einer Mitgliedschaft
finden Sie unter

[www.dwa.de/
mitgliedschaft](http://www.dwa.de/mitgliedschaft)

Kostenlos

- Eine der beiden monatlich erscheinenden Verbandszeitschriften
 - **KA Korrespondenz Abwasser, Abfall** inkl. der Beilage **Betriebs-Info** (4 x jährlich)
 - oder
 - **KW Korrespondenz Wasserwirtschaft** inkl. der Online-Version der **Gewässer-Info** als Printversion, Online unter www.dwa.de/direkt und mobil als App. Zusätzliche Exemplare oder die zweite Verbandszeitschrift gibt es zu günstigen Konditionen.

- **DWA-Branchenführer Wasserwirtschaft, Abwasser, Abfall**

- **Mitgliederbereich im Internet**
 - **KA** oder **KW** online lesen
 - **KA** oder **KW** mit der App DWApapers and more (iOS und Android) lesen
 - Literaturdatenbank
 - Fachwörterbücher in vielen Sprachen
 - Mitgliederverzeichnis
 - Arbeitsberichte und Fachinformationen

- **DWA-Jahrbuch** (auf Anforderung)

Ermäßigt

- **Fort- und Weiterbildungsangebote**
Als Mitglied der DWA und der European Water Association (EWA), des BWK und der Partnerverbände in der Schweiz (VSA, SVW) und Österreich (ÖWAV)

Zusätzlich für fördernde Mitglieder

Kostenlos

- Option, das Logo "**Mitglied in der DWA**" im Firmen-Briefbogen zu nutzen (www.dwa.de/direkt)

Ermäßigt

- 20 % Ermäßigung beim Erwerb des **DWA-Regelwerks** und vieler weiterer **DWA-Publikationen**
- **Fort- und Weiterbildungsangebote** für alle Mitarbeiter
- Ermäßigungen für Aussteller bei vielen **DWA-Tagungen** und ausgesuchten Messen
- Teilnahme an den **DWA-Erfahrungsaustauschen** für Kommunen oder Ingenieurbüros
- 50 % Ermäßigung auf den **Mitgliedsbeitrag** für Anmeldungen von Niederlassungen, wenn der Hauptsitz bereits Mitglied ist
- Günstige Konditionen für eine **Umwelt-Strafrechtsschutzversicherung** für Kommunen, Kreisverwaltungen und Abwasserzweckverbände

